

## Kommt die GroKo? BGA-Geschäftsführerkonferenz zwischen Sondierung und SPD-Parteitag

*Auf was muss sich die Wirtschaft bei einer Neuauflage der GroKo einstellen? Welche Alternativen im Falle eines Scheiterns böten Neuwahlen? Diese und viele weitere Fragen waren Gegenstand der diesjährigen BGA-Geschäftsführerkonferenz. Eingeladen, dies zu diskutieren, waren die Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Julia Glöckner, MdL, und MdB Michael Theurer, Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundesfraktion.*

Von unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Grünen und der FDP, die eine Jamaika-Koalition unmöglich gemacht hätten, sprach Michael Theurer, der den Auftakt bei der BGA-Geschäftsführerkonferenz übernahm. Bei den Klimaschutzziele, der Verkehrspolitik und auch in Bereichen, die den Groß- und Außenhandel unmittelbar betreffen würden, wie z.B. die Ablehnung der Ratifizierung von CETA, fand man keine gemeinsamen Nenner.

Bei den Ergebnissen der Sondierungsgespräche von Union und SPD fehlten Theurer richtungsweisende Strategien zu den wichtigen Zukunftsthemen Digitalisierung und Bildung. Alles in allem wäre es zu viel „weiter so“ und zu wenig Aufbruch, meinte Theurer, und eine grundlegende Modernisierung nicht in Sicht. Viel Zeit nahm er sich für die anschließende Diskussion, um alle Fragen und Anregungen ausführlich zu beantworten.

### Berliner Abend im Kaisersaal

Gastrednerin des Abends, zu dem die VGA GmbH – Versicherungskonzept für Handel und Dienstleistungen in den Kaisersaal eingeladen hatte, war die CDU-Vizechefin Julia Klöckner, die es verstand, das Publikum mit ihrer gewinnenden und überzeugenden Art einzunehmen. Im Beisein von BGA-Präsident Bingmann waren auch hier einmal mehr die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zentrales Thema – diesmal aus Sicht einer Teilnehmerin beider Verhandlungsrunden. Deutschland stünde wirtschaftlich gut da und sei aus den Krisen besser herausgekommen als alle anderen, so Glöckner. Deshalb hinke der Vergleich mit Macrons Aufbruchsstimmung Frankreich.

Sie betonte weiter, dass eine erfolgreiche Wirtschaft die Voraussetzung für Wohlstand in einem Land sei. Themen wie Fachkräftemangel, freier und fairer Handel, Abbau von Protektionismus und die Gründerkultur wieder zu stärken, seien die Ziele, für die sie in der CDU kämpfe. Doch auch Klöckner betonte, dass, sollte die GroKo scheitern, eine Minderheitenregierung keine Alternative wäre.

### Energieeffizienzkampagne und E-Commerce-Kaufmann in den Startlöchern

Am Folgetag wurde u.a. die Energieeffizienzkampagne für den Groß- und Außenhandel vorgestellt. Ziel sei es, die Energieeffizienz der Unternehmen zu steigern und die Kosten in den Unternehmen zu senken. Durch den derzeitigen politischen Stillstand steht die Bewilligung des Projekts noch aus.

Anschließend wurde der neue Ausbildungsberuf Kaufmann/-frau im E-Commerce vom zuständigen BGA-Abteilungsleiter Denis Henkel vorgestellt. Mit dem E-Commerce-Kaufmann steht nun erstmals ein maßgeschneiderter dualer Ausbildungsberuf für den Vertrieb von Waren und Dienstleistungen über das Internet zur Verfügung. Das neue Berufsbild gibt auch dem B2B-Handel neue Möglichkeiten für die Gewinnung und Ausbildung qualifizierten Personals, vor allem in den zentralen E-Commerce-Abteilungen. Zwar sind erst wenige konkrete Berufsschulstandorte bekannt – abhängig von der Anzahl der Auszubildenden wird es hier gegebenenfalls regionale Konzentrationen geben –, ambitioniertes Ziel sind aber 1.000 Ausbildungsverhältnisse im ersten Jahr.

[Iris von Rottenburg, Denis Henkel]

## BGA AKTUELL

### Verbände-Gemeinschaft klagt gegen LKW-Hersteller

Im Falle des aufgedeckten LKW-Kartells haben die über 200 Mitglieder der Verbände-Geschädigten-Gemeinschaft (VGG) nun aus prozesstaktischen Gründen Klage in den Niederlanden (Amsterdam) erhoben. Sie schließen sich damit einer Sammelklage an, die an die 50.000 LKW-Beschaffungen aus dem Zeitraum von 1997 bis 2011 bündeln wird.

Die Vorbereitungen zu der Klage laufen seit Juli 2017. Dabei wies ein ökonomisches Gutachten nach, dass die betroffenen Unternehmen durch das Kartell einen signifikanten finanziellen Schaden erfahren hatten. „Aber die Hersteller waren – obwohl wir mit Augenmaß und Blick auf künftige Geschäftsbeziehungen vorgegangen sind – nicht zu außergerichtlichen Lösungen bereit“, bedauern die Verbands-Geschäftsführer Guder (BVGFH), Peilnsteiner (VDKL), Dr. Brügger (DFHV) und Goebel (GD Holz) der VGG. Erleichtert wurde die Entscheidung zur Klageerhebung zusätzlich dadurch, dass die LKW-Hersteller teils recht harsch jegliches Schuldeingeständnis verweigerten.

Zum Hintergrund: Nachdem bekannt geworden war, dass die LKW-Hersteller MAN, Volvo/Renault, Daimler, IVECO, Scania und DAF regelmäßig und planvoll unter anderem Preislisten, Bruttolistenpreise und auch Nettoverkaufspreise ausgetauscht haben, hatten sich im Herbst 2016 die vier BGA-Mitgliedsverbände zu einer Geschädigten-Gemeinschaft (VGG) zusammengeschlossen: Rechtsanwalt Dr. Peter Gussone, MJG Rechtsanwälte, teilte mit: „Wir haben die VGG gemeinsam gegründet, um auch den kleinen und mittleren Unternehmen der Verbände die Möglichkeit zu geben, Schadensersatz von den Herstellern zu erhalten“. Durch die nun erfolgte Zusammenarbeit mit CDC entstehen den teilnehmenden Unternehmen für die Klage weder Kosten noch finanzielle Risiken.

 GFGH-Pressemeldung (Auszug) vom 10. Januar 2018

## GROSSHANDEL

### Großhandelspreise im Jahr 2017: + 3,5 Prozent gegenüber 2016

Die Großhandelsverkaufspreise lagen im Jahresdurchschnitt 2017 um 3,5 Prozent über dem Stand des Jahres 2016. Wie

das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatten insbesondere die gestiegenen Preise im Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug (+ 9,4 Prozent gegenüber 2016) sowie die Preise mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+ 8,8 Prozent) einen entscheidenden Einfluss auf die Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

 DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 16. Januar 2018

## STEUERN

### Sondierungsgespräche: Kleine Schritte bei großen Herausforderungen in der Finanz- und Steuerpolitik

CDU, CSU und SPD bekennen sich in den Ergebnissen ihrer Sondierungsgespräche weiterhin zu ausgeglichenen Haushalten ohne neue Schulden. Für die Jahre 2018 bis 2021 werden finanzwirksame Maßnahmen von knapp 46 Milliarden Euro festgehalten, wodurch der festgestellte finanzielle Spielraum vollständig ausgeschöpft wird. Weitergehende Maßnahmen sollen entsprechend nur möglich sein, wenn sich zusätzlicher Spielraum ergibt oder an anderer Stelle gespart wird. Einen der wichtigen steuerlichen Schwerpunkte stellt ein erster Schritt zur partiellen Abschaffung des Solidaritätszuschlags dar.

Einige weitere steuerpolitische Ziele:

- Verzicht auf eine Erhöhung der Steuerbelastung der Bürger.
- Abschaffung der Abgeltungsteuer mit der Etablierung des automatischen Informationsaustausches.
- Einführung einer substantiellen Finanztransaktionsteuer im europäischen Kontext.
- Unterstützung einer gemeinsamen, konsolidierten Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmensteuern.
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche im nationalen und internationalen Rahmen. Unterstützung einer gerechten Besteuerung großer Konzerne, gerade auch Google, Apple, Facebook und Amazon.
- Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE), insbesondere für forschende kleine und mittelgroße Unternehmen.

- Steuerliche Anreize für Investitionen von Unternehmen in die Digitalisierung.

Erfreulich aus Sicht des BGA ist, dass die Ergebnisse eine Fortsetzung der Haushaltspolitik ohne neue Schulden vorsehen und ein Teil der finanziellen Spielräume auch Entlastungen dienen soll. Positiv ist auch, dass keine Erhöhung der Steuerbelastung angedacht ist. Dies muss nicht nur für die Bürger, sondern auch für Unternehmen gelten. Ein Signal hierfür sieht der BGA darin, dass die Sondierungsergebnisse keine Hinweise auf Maßnahmen bei der Erbschaftsbesteuerung und Vermögensbesteuerung enthalten. Der Einstieg in die Abschaffung des Solidaritätszuschlages wird vom BGA ebenfalls begrüßt, allerdings bedarf es einer Präzisierung, wie bei einem jährlichen Aufkommen von über 16 Milliarden Euro 90 Prozent aller Soli-Zahler vollständig durch das eingeplante Finanzvolumen von 10 Milliarden Euro für die Jahre 2018 bis 2021 entlastet werden sollen.

Für die Unternehmen dürften jedoch die Perspektiven hinter den Erwartungen zurückbleiben. Viele der vom BGA in seinen Anforderungen an die Steuer- und Finanzpolitik in der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ausgeführten Reformanforderungen bleiben weiter offen. So steht eine Antwort auf die geänderten Rahmenbedingungen durch die US-Steuerreform, der Großbritannien und andere folgen wollen, aus. Vielmehr fokussieren sich die Aussagen lediglich auf die europäische Ebene und konkret auf eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage und von Mindestsätzen sowie die Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche im nationalen und internationalen Rahmen. In Deutschland wurden die letzten substanziellen Reformschritte mit der Unternehmensteuerreform 2008 umgesetzt.

Begrüßenswert ist, dass sich die Gesprächspartner auf ein Bündel von Maßnahmen verständigt haben, um dem drängenden gesellschaftspolitischen Thema des Wohnungsmangels, vor allem in Großstädten und Ballungszentren, zu begegnen. Ob dies bei einem eingeplanten Finanzvolumen von 4 Milliarden Euro für die Jahre 2018 bis 2021 wirksam gelingen kann, müssen die Präzisierungen der vorgesehenen Maßnahmen noch zeigen. Die Diskussionen um die Ausgestaltung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung und von Wohnungsbau in Ballungsräumen stimmen skeptisch.

- ① Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD können unter der E-Mail-Adresse Michael.Alber@bga.de angefordert werden.

[Michael Alber]

## UMWELT & ENERGIE

### Kommission stellt Strategie für Plastik vor

Bis 2030 soll mehr als die Hälfte des Plastikmülls recycelt werden und der Import von schlecht sortiertem Plastikmüll nicht mehr möglich sein. Dies sind die Ziele der von der Kommission letzten Woche vorgestellten Strategie. Damit konkretisiert die Kommission weiter ihr im Dezember 2015 vorgestelltes Kreislaufwirtschaftspaket. Der BGA wird die Kommission bei der Umsetzung der Strategie unterstützen und spricht sich für praxisgerechte Lösungen aus. Ansätze hierzu kann man in den Mitteilungen erkennen.

Mit der Plastikstrategie wird ein weiteres Verfahren eröffnet, an dessen Ende sicherlich gesetzliche Vorgaben stehen werden. Vor kurzen erst hatte die Kommission die Konsultation zu Mikroplastik gestartet, mit der vor allem die Verschmutzung der Meere und Seen angegangen werden soll. Mit der jetzigen Mitteilung wird nun Plastik generell in den Fokus genommen. Dabei geht es von der Produktion über die Lieferkette bis hin zu Konsumenten und Recycling.

Plastik wird heute in fast allen Produkten verbaut, teilweise auch, um den Transport zu erleichtern und damit gleichzeitig auch den Energieverbrauch zu reduzieren. Außerdem zeichnet es sich durch seine Langlebigkeit aus. Dies wird jetzt aber gerade zum Verhängnis, da eine schlechte Entsorgung zur langfristigen Verschmutzung von Meeren und Seen führt. Bei der Verbesserung des Recyclings anzusetzen, ist daher ein vernünftiger Schritt. Entscheidend wird jetzt sein, wie dieses Ziel umgesetzt wird. Der BGA hofft hier vor allem auf marktwirtschaftliche Impulse.

Gleichzeitig hat die Kommission diese Woche noch eine Mitteilung bezüglich der Schnittstelle zwischen Chemie, Abfall und Recycling veröffentlicht. Hierbei geht es vor allem darum, dass Recycling und Förderung der Verwendung von Sekundärrohstoffen durch Minimierung unnötiger Belastungen und Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Sekundärrohstoffen ermöglicht wird, damit diese EU-weit problemlos gehandelt werden können. Außerdem

sollen besorgniserregende Stoffe ersetzt werden. Falls dies nicht möglich ist, soll eine Verringerung ihres Vorkommens und eine Verbesserung ihrer Nachweisbarkeit erfolgen. Wenngleich letzteres zunächst einleuchtet, muss demgegenüber eingewendet werden, dass mit der REACH-VO und auch mit der ROHS-Richtlinie eine Verringerung und Substitution längst eingeführt ist. Nachvollziehbar ist auch, dass die Recyclingwirtschaft besser über das Vorhandensein besorgniserregender Stoffe informiert wird. Sicher ist hierbei aber auch, dass die Lösung nicht eine Informationspflicht entlang der Lieferkette sein kann. Denn die endet spätestens beim Konsumenten.

Das Thema wird den BGA sicherlich bis Mitte 2019 beschäftigen. Denn bis dahin sollen alle Punkte der Plastikstrategie abgearbeitet werden.

[Michael Faber]

## VERKEHR

### EuGH bestätigt das Verbot, die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit im Lkw zu verbringen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass das Verbot, die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit im Lkw zu verbringen, zulässig ist. Geklagt hatte ein belgisches Transportunternehmen, dem auf Grund des Ruhezeitverstößes eine Geldbuße auferlegt wurde. Nach der Ansicht des Gerichts darf ein Mitgliedstaat eine Geldbuße verhängen, wenn ein Fahrer die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit in der Lkw-Kabine verbringt. Demnach ergebe sich das Verbot aus der Auslegung der EU-Verordnung 561/2006. Das Ziel der Verordnung sei es gewesen, die Arbeitsbedingungen der Fahrer zu verbessern. Dürften die Fahrer die 45 Stunden lange Pause nun im Fahrzeug abhalten, würde das dem Ziel zuwiderlaufen. In Deutschland wurde die EU-Verordnung schon seit längerem so ausgelegt, dass die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit nicht im Fahrzeug verbracht werden darf. Seit Mai 2017 ist dieses bußgeldbewehrt im deutschen Fahrpersonalrecht verankert.

[Meike Tilsner]

### Förderprogramm zur Verbesserung der Luftqualität läuft an

Der geschäftsführende Bundesverkehrsminister Schmidt hat unlängst 60 Förderbescheide für die Verbesserung der Luftqualität in den Kommunen übergeben. Mit den Fördergeldern können Maßnahmen zur Digitalisierung des Verkehrs, zur Vernetzung von Verkehrsträgern, zur Elektrifizierung, zur Radverkehrsförderung oder zur Verbesserung der urbanen Logistik umgesetzt werden. Das Bundesverkehrsministerium trägt die Kosten in Höhe von rund 12 Millionen Euro. Der Erlanger Alt-Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis wurde als Sonderbeauftragter des Sofortprogramms Saubere Luft ernannt.

[Meike Tilsner]

### Zitat der Woche

»Wir sind das Bollwerk gegen die Populisten.«

Der ehemalige Ministerpräsident Italiens, Silvio Berlusconi, strebt bei den kommenden Parlamentswahlen im Frühjahr seine politische Wiederauferstehung an.

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.  
Telefon: 030 590099-50  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg,  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 24. Januar 2018  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich